

Mittwoch (Vormittag), 12. Juni 2019 / Mercredi matin, 12 juin 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires**65 2017.POM.515 Bericht RR**

Überprüfung des Personalbestandes der Kantonspolizei. Bericht des Regierungsrates in Erfüllung der Motion 138-2016 Wüthrich (Huttwil, SP)

65 2017.POM.515 Rapport CE

Examen des effectifs de la police cantonale. Rapport du Conseil-exécutif en réponse à la motion 138-2016 Wüthrich (Huttwil, PS)

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 65, Überprüfung Personalbestand Kantonspolizei. Es ist ein Bericht des Regierungsrates. Hier war die SiK vorberatend und Mirjam Veglio ist Kommissionsprecherin. Sie hat das Wort.

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 1

Die bestehende Überzeit beim Personal der Kantonspolizei wird in Abhängigkeit mit einer Bestandeserhöhung durch Kompensation abgebaut.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 1

Les heures supplémentaires du personnel de la Police cantonale seront réduites par compensation en corrélation avec une augmentation des effectifs.

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 2

Für die «Weiterentwicklung Bedrohungsmanagement» vertieft der Kanton die Grundlagen, welche die Vorgehensweise und den dafür notwendigen personellen Bedarf konkret ausweisen.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 2

Pour développer la gestion des menaces, le canton de Berne approfondira les bases qui montrent concrètement comment procéder et indiquent les ressources en personnel nécessaires pour ce faire.

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 3

Der Kanton vertieft, gegebenenfalls zusammen mit anderen Kantonen, den Teilbereich Cyberkriminalität/Cyberrisiken und klärt die Ausgangslage, die Aufgaben des Kantons und die Schnittstellen und Abgrenzungen zum Bund. Er beschreibt die Vorgehensweise und weist den notwendigen personellen Bedarf (Präventionsfachleute, IT-Fachleute, Pädagogen etc.) aus.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 3

Le canton poussera la réflexion sur le sous-domaine cybercriminalité / cyberrisques, le cas échéant avec d'autres cantons, et clarifiera la situation, les tâches du canton ainsi que les interfaces et la délimitation des compétences avec la Confédération. Il décrira la manière de procéder et indiquera les ressources en personnel nécessaires (spécialistes de la prévention, informaticien-ne-s, pédagogues, etc.).

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 4

Die Anstellungsbedingungen für Mitarbeitende mit Polizeiausbildung sind so auszugestalten, dass die Kantonspolizei Bern bei der Rekrutierung von Polizistinnen und Polizisten gegenüber Korps angrenzender Kantone nicht benachteiligt ist. Der Regierungsrat berücksichtigt die Finanzlage und die allgemeinen Anstellungsbedingungen des Kantonsparlaments.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 4

Les conditions d'engagement des collaborateurs et collaboratrices au bénéfice d'une formation de policier seront aménagées de façon à ce que la Police cantonale bernoise ne soit pas désavantagée par rapport aux corps de police de cantons limitrophes lorsqu'elle recrute des policiers et des policières. A cet égard, le Conseil-exécutif tiendra compte de la situation financière et des conditions générales d'engagement du personnel cantonal.

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 5

Nach Abschluss der ersten Etappe erfolgt eine Evaluation und der Personalbestand der Polizei wird überprüft. Das Resultat wird vor dem Kredit für die zweite Etappe dem Grossen Rat vorgelegt.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 5

Une fois la première étape terminée, une évaluation aura lieu et les effectifs de la police seront examinés. Le résultat sera présenté au Grand Conseil avant le crédit pour la deuxième étape.

Planungserklärung SiK (Veglio, Zollikofen) – Nr. 6

Die SiK wird periodisch über den Umsetzungsstand der ersten Etappe durch die POM informiert.

Déclaration de planification de la CSéc (Veglio, Zollikofen) – n° 6

La POM informera périodiquement la CSéc de l'avancement de la mise en œuvre de la première étape.

Planungserklärung Knutti, Weissenburg (SVP) – Nr. 7

Die Aufstockung des Personalbestandes soll nicht zum Ausbau der Verkehrskontrollen und Radar-Überwachung zweckentfremdet werden, sondern gezielt zur Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau der Überstunden eingesetzt werden.

Déclaration de planification Knutti, Weissenburg (UDC) – n° 7

L'augmentation des effectifs doit être utilisée de manière ciblée pour la lutte contre la criminalité et la compensation des heures supplémentaires, et non à d'autres fins comme le renforcement des contrôles routiers et la surveillance radar.

Planungserklärung Kullmann, Hilterfingen (EDU) / Riesen, Soncezboz-Sombeval (PSA) / Graber, La Neuveville / Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP) – Nr. 8

Mit der Aufstockung des Personalbestandes soll der Bekämpfung der Pädokriminalität, des Menschenhandels und des Menschen Schmuggels ebenfalls eine höhere Priorität eingeräumt werden.

Déclaration de planification Kullmann, Hilterfingen (UDF) / Riesen, Soncezboz-Sombeval (PSA) / Graber, La Neuveville (UDC) / Beutler-Hohenberger, Gwatt (PEV) – n° 8

L'augmentation des effectifs doit également servir de manière prioritaire à la lutte contre la pédocriminalité, la traite d'êtres humains et le trafic de migrant-e-s.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP), Kommissionssprecherin der SiK. Die Sicherheitskommission, oder kurz SiK, hat den Bericht zum Personalbestand der Kantonspolizei Bern an zwei Sitzungen behandelt, sich über einzelne Themen, wie zum Beispiel die Cyberkriminalität oder die Sicht des Polizeiverbandes, vertieft informieren lassen und die Inhalte eingehend diskutiert. Im Namen der Kommissionsmitglieder danke ich dem Regierungsrat, dem Polizeikommandanten und den Fachleuten aus der Verwaltung für die solide Beantwortung aller Fragen. Die SiK-Mitglieder haben in den wesentlichen Punkten einen Konsens gefunden. Es war unbestritten, dass die Kantonspolizei Bern (Kapo) zusätzliche Mittel braucht. Ob es gleich 360 Stellen sein müssen, wie im Bericht beschrieben, bestätigt die Kommission hier aber nicht. Aus heutiger Sicht ist die Legitimation hierfür nicht gegeben. Die zwei grössten inhaltlichen Kritikpunkte der SiK waren folgende: Der erste ist die Interpretation des Zahlenmaterials aus der Polizeistatistik. Diese gab unter den Mitgliedern reichlich zu diskutieren. Das Spektrum der Voten ging von «Zahlen werden falsch interpretiert» bis zu einer «tendenziösen Darstellung». Die SiK hat aus diesem Grund auch eine ganze oder eine teilweise Rückweisung des Berichts in Erwägung gezogen, kam dann aber zum Schluss, dass es zielführender sei, mit

gezielten Planungserklärungen einzuwirken, als eine neue Interpretation der Zahlen zu verlangen. Die polizeiliche Kriminalstatistik spricht nämlich eine deutliche Sprache und zeigt, dass die Anzahl der Straftaten im Kanton Bern seit dem Jahr 2012 rückläufig ist. Konkret sind sie um 12 Prozent gesunken. Für die SiK kann folglich auf der Basis der polizeilichen Kriminalstatistik weder eine erhöhte Bedrohungslage noch ein grösserer Personalbestand abgeleitet werden.

Der zweite Kritikpunkt ist die Tauglichkeit der Polizeidichte als Kennzahl für Vergleiche zwischen den Kantonen. Das wird von der SiK bestritten. Im Kanton Bern beträgt die Polizeidichte aktuell 1 zu 521. Der Regierungsrat strebt laut Bericht eine Polizeidichte im schweizerischen Mittel an, das heisst 1 zu 453. Aus dieser Gleichung leitet er den Bedarf an 360 Stellen ab, oder, in Schweizer Franken ausgedrückt, jährlich wiederkehrende zusätzliche 61,9 Mio. Franken. Die SiK ist der Meinung, die Kantone seien bezüglich ihrer Aufgaben und ihrer Fläche so unterschiedlich, dass auch die notwendigen Ressourcen, um all diese Aufgaben zu bewältigen, nicht einfach vergleichbar seien. Das sind Kriterien wie Bundeshauptstadt Bern, ein grosser Flughafen im Kanton, internationale Organisationen, ein Flächenkanton oder ein Stadtkanton. Zudem verfügen nicht alle Kantone wie Bern über eine Einheitspolizei, was die Vergleichbarkeit noch einmal schwieriger macht. Deshalb erachtet die SiK die Polizeidichte als nicht geeignete Vergleichszahl.

Anders sieht es für die SiK-Mitglieder bei den angehäuften Überstunden von durchschnittlich 26 Tagen pro Polizistin und Polizist aus. Diese Überstunden waren innerhalb der SiK ein unbestrittenes Indiz dafür, dass die polizeilichen Aufgaben im Kanton Bern nicht dauerhaft mit dem aktuellen Personalbestand bewältigt werden können. Die Kommission anerkennt weiter, dass sich mit dem Internet parallel zur realen Welt ein Feld mit vielen neuen Herausforderungen geöffnet hat. Cyber Risiken, Cyberkriminalität – Delikte, die keine kantonalen oder nationalen Grenzen kennen und die eine Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, mit dem Bund und international erfordern. Als Herausforderung schätzt die SiK allgemein die Rekrutierung neuer Polizistinnen und Polizisten ein. Zudem stehen die zusätzlichen Mittel für die Kantonspolizei im Spannungsfeld mit den Kantonsfinanzen. Die SiK beantragt Ihnen, dem Grossen Rat, einstimmig Kenntnisnahme des Berichts, allerdings mit diesen sechs Planungserklärungen, welche die SiK eingereicht hat. An dieser Stelle ist wichtig zu wissen, dass wir die neuen Stellen, oder neue Stellen, nicht durch Kenntnisnahme des Berichts bewilligen, sondern dass sie dem ordentlichen Budgetprozess unterliegen. Es ist deshalb aus Sicht der Kommission wichtig und legitim, wissen zu wollen, wie eine allfällige Konzeption neuer Aufgabenfelder aussieht und wozu genau neue Stellen beantragt werden.

Ich gehe auf die einzelnen Planungserklärungen, 1 bis 6, kurz ein. Mit der ersten verlangt die Kommission, dass zusätzliche Mittel prioritär für den Abbau hoher Überzeiten eingesetzt werden müssen. Zur Planungserklärung 2: Die SiK erachtet die Weiterentwicklung des Bedrohungsmanagements als sinnvoll. Die Kommission möchte aber eine Gesamtsicht erhalten und möchte wissen, was der Kanton konkret umsetzen will und welche Aufgaben er mit welchen Personalressourcen bewältigen will.

Zur Planungserklärung 3: Cyberrisiken, Cyberkriminalität werden als grosse Herausforderung beschrieben. Mit dieser Planungserklärung verlangt die SiK eine Klärung der kantonalen Aufgaben in Abgrenzung zum Bund. Explizit soll erwähnt werden, dass in diesem Bereich nicht die klassische Polizeiausbildung gefragt ist, sondern dass Fachpersonen, zum Beispiel für die digitale Forensik oder Prävention, benötigt werden. Mit der Planungserklärung 4 setzt die SiK ein klares Zeichen für gute Anstellungsbedingungen und dafür, dass der Kanton Bern konkurrenzfähig ist. Planungserklärung 5: Mit dieser sagt die SiK nicht einfach Ja zu 360 Stellen, wie im Bericht beschrieben, sondern sie fordert nach einer ersten Etappe eine Evaluation, welche Resultate und die Wirkung aufzeigt. Die Planungserklärung 6 fordert eine periodische Information während der Umsetzung der ersten Etappe.

Die Planungserklärung 7, SVP, Knutti, haben wir in der SiK beraten. Da waren wir uns nicht ganz einig. Eine Mehrheit von 8 Mitgliedern hat diese mit der Begründung unterstützt, es sei legitim, explizit zu erwähnen, wofür man die zusätzlichen Mittel nicht einsetzen wolle. Eine Minderheit von 7 Stimmen war der Ansicht, wenn man Verkehrskontrollen und Radarüberwachung als Ausschlussgrund geltend machen wolle, müsse man der Vollständigkeit halber eigentlich alle Bereiche aufführen, in denen man diese Mittel nicht eingesetzt haben will. Gestern wurde eine weitere Planungserklärung eingereicht, Nummer 8. Diese hat die SiK nicht beraten können, und deshalb kann ich hier nicht im Namen der Kommission dazu Stellung nehmen. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Anträgen der SiK folgen.

Präsident. Wir kommen als Nächstes gleich zum Antragsteller Thomas Knutti, für die Planungserklärung 7. Herr Knutti, Sie haben das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich nehme vorab einmal Stellung zu dieser Planungserklärung, die hier von der SVP-Fraktion eingereicht wurde. Es gibt drei Gründe, warum wir nicht als Zielscheibe die Autofahrer mehr belästigen wollen und warum wir nicht mehr Radarkontrollen auf unseren Berner Kantonsstrassen wollen. Punkt 1: Wir haben seitens unserer Bauern vermehrt festgestellt, dass an Schlachtviehmärkten, wenn die Bauern mit dem Vieh hinfahren, regelmässig, oder zum Teil eben auch sehr oft, die Polizei vor Ort ist und am Morgen diese Bauern belästigt mit Blinkerkontrollen, mit Stoppflichtkontrollen, mit Lichtkontrollen. Das erachten wir zum Teil als Schikane für unsere Bauern. Geschätzte Anwesende, wir sagen nicht, dies solle nicht geschehen. Aber es kann nicht sein, dass man das mit der Aufstockung des Polizeikorps forciert.

Punkt 2: Lastwagenfahrer. Da bin ich selbst betroffen. Ich erlebe es manchmal als Schikane, wenn wir als Lastwagenfahrer belästigt werden – wir, die wir besorgt sind, dass unsere Güter zur richtigen Zeit am Ort ankommen. Manchmal ist es nicht nachvollziehbar. Mir persönlich ist es auch schon passiert, dass mir die Polizei über 40 Minuten hinterherfuhr, und nachher wird eine Ausweiskontrolle gemacht, und dann kann man weiterfahren. Auch hier möchte ich klar und deutlich erwähnen: Wir sind nicht gegen Kontrollen. Aber es kann nicht sein, dass man uns Lastwagenfahrer – wir, die wir besorgt sind und jährlich unsere Fahrzeuge in die periodische Kontrolle geben müssen – bei der Aufstockung der Polizei noch mehr kontrolliert.

Und jetzt komme ich zum Gipfel der ganzen Geschichte, und das sind die Radarkontrollen. Sie alle wissen: Man hat zwischen Bern und Thun kürzlich ... Sie sind bald installiert, jetzt sind bald alle Radarkästen installiert. Man hat auf dieser kurzen Strecke sechs Radarkästen installiert. Also, da soll mir noch irgendjemand erzählen, was das mit Sicherheit zu tun haben soll. 38 Mio. Franken! 38 Mio. Franken, geschätzte Anwesende, sind im Jahr budgetiert für Bussengelder von den Radaranlagen, und das führt definitiv zu weit. Das können wir so nicht akzeptieren. Deshalb wollen wir diese Planungserklärung so überweisen. Das ist eine Belästigung der Autofahrer, welche die SVP nicht nachvollziehen kann. Das heisst aber auch hier nicht, dass wir gegen Kontrollen sind. Man soll Kontrollen dort machen, wo eine wirkliche Gefahr besteht. Aber was zwischen Bern und Thun geschieht! Jetzt kann man natürlich sagen: «Ja, das ist das Bundesamt für Strassen (ASTRA), welches das verlangt.» Das stimmt teilweise. Aber es geht für mich in das Gleiche hinein. Was da jetzt zwischen Bern und Thun geschieht, das ist reine Willkür. Ich kann Ihnen auch mitteilen: Sollte unsere Planungserklärung keine Mehrheit finden, dann wird die Mehrheit der SVP diesen Bericht ablehnen. Wir wollen mehr Sicherheit für die Bevölkerung bei der Kriminalitätsbekämpfung und beim Abbau der Überstunden. Deshalb bitte ich Sie, diese Planungserklärung zu unterstützen.

Präsident. Ich gehe davon aus, dass Sie auch gleich für die Fraktion gesprochen haben. Ist das richtig? (*Grossrat Knutti verneint. / M. le député Knutti répond par la négative.*) Ach so, Sie haben lediglich zu dieser Planungserklärung gesprochen. Gut, danke. Nun für die EDU, Samuel Kullmann.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). «Wegen personeller Engpässe erhielten zum Beispiel Ermittlungen im Bereich des Menschenhandels nicht die gebührende Priorität.» Das lesen wir auf Seite 13 des Berichts, über den wir hier diskutieren. Wir Antragsstellerinnen und Antragssteller sind der Meinung, man sollte explizit noch erwähnen, dass mit der Aufstockung des Personalbestandes der Bekämpfung des Menschenhandels, der Pädokriminalität und des Menschenmuggels höhere Priorität eingeräumt werden soll. Nun ist es aber so, dass die zugegeben kurzfristig eingereichte Planungserklärung auf zwei Kritikpunkte gestossen ist: Es sei die falsche Flughöhe, und es sei der falsche Zeitpunkt; zuerst brauche es ein Gesamtbild. Wir sind nicht dieser Meinung. Wir denken, dass sie durchaus allgemein genug gehalten ist, um nicht in die operativen Entscheide der Polizei einzugreifen. Auch vom Zeitpunkt her: Es ist eigentlich völlig offensichtlich, dass die Polizei mehr Ressourcen braucht. Das steht im Bericht. Da muss man nicht noch eine Gesamtschau abwarten, um zu wissen, dass in diesem Bereich etwas zu tun ist. Aber weil ich nicht riskieren möchte, dass sie hier aus formellen Gründen abgelehnt wird, ziehen wir die Planungserklärung zurück, aber mit dem Anliegen an den Herrn Polizeidirektor, dort einfach weiterhin am Ball zu bleiben.

Präsident. Die Planungserklärung 8 ist zurückgezogen worden. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: Es ist eine reduzierte Debatte. Sie haben nur 2 Minuten Redezeit. Vorhin habe ich nichts gesagt, deshalb bin ich auch etwas selber schuld. Für die glp: Thomas Brönnimann.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich beginne das Glp-Votum mit der Überschrift der Medienmitteilung, welche die SiK publizierte: «Die Erhöhung des Personalbestandes der Polizei ist

unbestritten». Es kommt jetzt noch ein etwas vertiefendes Aber. Die glp geht einig mit den Planungserklärungen der SiK, dass man noch diskutieren müsse, welches das Ausmass sein werde, wie der Aufstockungsrhythmus sein werde und welche Schwerpunktbereiche von dieser Aufstockung primär profitieren sollen. Wir müssen als Grosser Rat hier zur Vertiefung noch Zusatzinformationen haben, noch vor dem Stellengenehmigungsprozess innerhalb des Budgetprozesses. Wir teilen die Aussagen des Berichts, wonach es gewisse Bereiche gibt, in denen es Aufstockungen braucht, beispielsweise Terrorbedrohungen, Internetkriminalität, Prävention im Bereich Sexualdelikte, insbesondere gegen Kinder. Man könnte das auch unter Cyberrisiken zusammenfassen. Wir haben auch ein Problem bei den Überstunden. Die Kommissionssprecherin hat es erwähnt. Die glp ist der Meinung, dass wir mit dieser Aufstockung eine Abbauverpflichtung der Überstunden verknüpfen müssen. Wir müssen auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Polizei im Auge behalten. Dazu gehört selbstverständlich ein Vergleich mit anderen Polizeikörpers. Wir haben Probleme, Polizisten zu rekrutieren. Es nützt uns nichts, wenn wir im Budget nachher nur Phantompolizisten bewilligen, welche wir auf dem Markt nicht rekrutieren können. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir der Polizei eben nicht einen Sonderstatus geben. Wir müssen ihre Anstellungen auch vergleichen mit anderen Kantonsangestellten. Ich möchte hier zum Beispiel explizit den Pflegebereich und den Lehrpersonenbereich nennen. Ich merke gerade, es ist etwas wenig, die zwei Minuten, für einen so grossen, wichtigen Bericht.

Ich komme zum Fazit. Die glp ist der Überzeugung, dass wir die erste Etappe starten, umsetzen müssen, nachher einen Zwischenstopp einlegen müssen mit einem Bericht, damit die SiK und der Grosse Rat, zusammen mit der Regierung und dem Polizeikommando, das weitere Vorgehen besprechen können. Zur Planungserklärung Knutti: Diese wird von uns abgelehnt. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Nachdem wir vorhin eine Gummigeschoss-Ballistikexpertin hatten, welche zu operativen Fragen referiert hat, referiert jetzt Thomas Knutti als Geschwindigkeitsmesseexperte. Als Grosser Rat sollten wir uns davor hüten, uns in operative Fragen einzumischen. Deshalb lehnen wir das ab.

Andreas Hegg, Lyss (FDP). Die FDP wird diesem Bericht zustimmen. Wir nehmen diesen zur Kenntnis. Wir werden auch die SiK-Anträge unterstützen. Für uns ist die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Gut. Die Anforderungen an unsere Polizisten und Polizistinnen sind massiv gestiegen. Ich zähle einige Dinge auf: Wir haben ein Bevölkerungswachstum. Das gesellschaftliche Verhalten hat sich stark verändert. Wir haben eine Zunahme von Respektlosigkeit. Wir haben Internetkriminalität, häusliche Gewalt. Wir haben eine Verkehrszunahme. Wir haben eine 24-Stunden-Gesellschaft. Im Kanton Bern haben wir verschiedene grosse Anlässe. Und Bern als Bundeshauptstadt stellt auch hohe Anforderungen. Dann haben wir verschiedene Demos. Wir haben die Reitschule, die immer wieder viele Einsätze auslöst. Also, für uns ist es wichtig, dass die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gewährleistet ist. Dann braucht es einfach genügend Polizistinnen und Polizisten, mit dem bestmöglichen Arbeitsgerät und der modernsten Ausrüstung, die ein gutes und sicheres Arbeiten ermöglichen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Der Verantwortungsbereich der Kapo wächst stetig. Nebst der herkömmlichen Arbeit finden, nicht zuletzt wegen der Bundeshauptstadt; regelmässig finden grosse Sportveranstaltungen, Staatsbesuche oder brisante Kundgebungen statt. Verbunden mit den neuen Herausforderungen, wie der Cyberkriminalität, einer rasanten technischen Entwicklung oder auch dem Menschenhandel, ergibt sich ein ungünstiges Verhältnis zu einem hoffentlich nie eintreffenden Super-GAU. Das ist vielleicht an den Haaren herbeigezogen. Aber Terror, Amoklauf, Blackout in der Energieversorgung oder Naturkatastrophen könnten das tägliche Leben schneller, als uns lieb ist, zum Erliegen bringen. Für den Alltag und für die Zukunft sollte unsere Polizei gewappnet sein. Die EDU-Fraktion unterstützt deshalb das Fazit des vorliegenden Berichts. Wir brauchen eine Aufstockung des Personalbestands bei der Kapo. Wir unterstützen ebenfalls die Planungserklärungen der SiK, insbesondere Punkt 5, mit der Klärung des Zwischenstands nach dem Abschluss der ersten Etappe. Wir unterstützen aber auch die Planungserklärung Knutti. Nichts desto trotz erlauben wir uns aber die Bemerkung, dass viele Überstunden schon heute verhindert werden könnten, wenn gewisse Verantwortungen im Sinne von «Zurück an den Absender» behandelt würden. Immer wieder randalierende Hooligans bei Sportanlässen oder unkontrollierte Ausschreitungen, zum Beispiel bei der Reithalle, gehörten eigentlich nicht in den allgemeinen Aufgabenbereich der Kapo.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Vielen Dank für das Erstellen dieses Berichts. Der Bericht zeigt einmal mehr, wie man mit geschickt verwendeter Statistik eigentlich alles beweisen kann. Es wurden Statistiken eingefügt, welche aus meiner Sicht beweisen wollten, dass es dringend mehr Polizisten braucht. Der Bericht zeichnet eigentlich ein dunkles Bild des Kantons Bern, mit einer hohen Kriminalität. Wenn man die nationale Statistik anschaut, bei der man jeden Kanton anklicken kann, sieht man, dass wir eigentlich überall tiefer sind als der nationale Durchschnitt. Ich muss auch sagen, dass ich eigentlich stolz bin, dass wir weniger Polizisten brauchen, oder im Verhältnis zu den Polizisten mehr Einwohner haben, als der schweizerische Durchschnitt. Da habe ich auch das Vertrauen in die Polizei, dass sie das eigentlich sehr gut macht.

Zum Ausbau: Die Welt hat sich verändert. Es ist auch nicht mehr so, dass auf dem Chilbiplatz jemandem das Portemonnaie aus der Hosentasche gezogen wird. Heute sitzen die irgendwo hinter einem PC irgendwo auf der Welt und leeren so Bankkonten. Dort muss man agieren. Ob wir aber hier im Kanton Bern eine Cyberabteilung für solche Dinge brauchen, dahinter setzen wir ein Fragezeichen. Dasselbe gilt für die Terrorabwehr. Wir sähen es lieber, wenn das national geregelt würde. Was uns erschreckt hat, ist die exorbitant hohe Überzeit von über 550 000 Stunden. Das geht eindeutig nicht. Unserer Meinung nach muss diese Überzeit abgebaut werden, und da sind wir auch bereit, den ersten Teil dieses Mehrs an Polizisten zu bewilligen, aber nur, wenn man damit auch die Überzeit abbaut. Falls das nicht der Fall sein sollte, lehnen wir den Bericht ab. Werden diese aber gebraucht, um sie abzubauen, wie das der Antrag SiK 1 vorsieht, stimmen wir dem Bericht zu. Wir stimmen sämtlichen Anträgen der SiK zu – 1 bis 6 unterstützen wir. Die Planungserklärung 7, Knutti, unterstützen wir klar nicht. Denn für uns ist es so, dass auch zu schnelles Fahren ein Delikt ist. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Das muss auch geahndet werden. Es gibt Regeln und Gesetze, die wir alle befolgen müssen. Da kann man nicht einfach eine Sparte ausnehmen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Tanja Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht. Zuerst zur guten. Die Anzahl Straftaten ist im Kanton Bern in allen Bereichen rückläufig, und die Bevölkerung fühlt sich im Kanton Bern sicher. Das ist erfreulich und wichtig für die Lebensqualität. Ja, die Sicherheit ist Teil des Service public. Dementsprechend sind wir als Kantonsparlament verantwortlich, dafür zu sorgen, dass die Polizei ihre Aufgabe gut erfüllen kann. Dazu braucht es gute Arbeitsbedingungen. Zu den schlechten Nachrichten: Die Arbeitsbedingungen bei der Polizei sind heute nicht optimal. Aktuell haben Polizistinnen und Polizisten – wir haben es gehört – durchschnittlich 26 Tage Überstunden. Das geht natürlich nicht. Deshalb unterstützt die SP-JUSO-PSA-Fraktion die Planungserklärung 1. Diese sieht nämlich vor, dass zusätzliche Stellen auch tatsächlich zum Abbau der Überzeit eingesetzt werden. Es ist auch wichtig, dass der Stellenbestand, den wir haben, sinnvoll genutzt wird. Gerade im Raum Bern ist die Polizeipräsenz manchmal erstaunlich hoch. Die Polizeipräsenz geht dann eben auch zulasten der Regionen, die manchmal gerne ein wenig besser berücksichtigt würden. Flächendeckender Service public wäre hier also wichtiger, als immer mehr Ressourcen in die Region Bern zu investieren.

Der sinnvolle Einsatz der Stellen ist auch Inhalt der Planungserklärungen 2 und 3. Es geht darum, genauer zu eruieren, was der Kanton Bern im Bereich Bedrohungsmanagement und Cyberkriminalität genau braucht. Es geht hier nicht nur um Repression, sondern wirklich auch um wichtige präventive Aufgaben. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt deshalb diese beiden Planungserklärungen. So erhalten wir mehr Informationen und können zukünftige Entscheide zum Personalbestand besser fällen. Überstunden abzubauen und den Bestand sinnvoll einzusetzen ist das eine. Es braucht aber auch gute Anstellungsbedingungen für die Mitarbeitenden bei der Polizei. Da ist der Kanton Bern aktuell leider kein Vorbild. Polizistinnen und Polizisten tragen eine grosse Verantwortung und sollen deshalb auch entsprechend entlohnt werden, genau wie andere Angestellte des Service public des Kantons auch. Ich fasse zusammen. Wir stimmen dem Bericht zu. Wir anerkennen, dass es mehr Stellen braucht. Aber wir sagen damit nicht automatisch Ja zu allen 360 Stellen. Wir nehmen die Planungserklärungen 1 bis 6 an und verwerfen die anderen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Für die EVP ist unbestritten, dass es mehr Polizistinnen und Polizisten braucht, dass die Polizei überlastet ist und dass zu viele Überstundenguthaben vorhanden sind. Es ist ein altes Problem. Bereits in den Neunzigerjahren wurde von meinem Vorgänger eine Motion überwiesen, welche verlangte, dass die Überstunden der Polizei abgebaut werden. Bis

jetzt hat einfach noch nie etwas richtig gefruchtet, in dieser Beziehung. Trotzdem war dieser Bericht für uns zum Teil schwierig zu beurteilen. Vor allem können wir nicht beurteilen, wie viele neue Polizisten es zum Beispiel für neue Bedrohungslagen wie Cyberkriminalität braucht. Auch hier bleibt der Bericht selbst relativ undifferenziert. Wir sind deshalb dankbar, dass die SiK so vernünftige Planungserklärungen formuliert hat, die wir alle annehmen werden. Wir sind froh, dass zwei Phasen geplant sind, sodass man eben nach der ersten Phase noch einmal eine Auswertung vornehmen kann, was die erste Phase der Aufstockung nun bewirkt habe. Den Antrag Knutti lehnen wir ab. Für uns kann auch der Verkehr kriminell sein, wenn er nicht regelmässig und auch fundiert kontrolliert wird.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (BDP). Die BDP dankt dem Regierungsrat und der zuständigen Verwaltung für die geleistete Arbeit und die ausführlichen Unterlagen. Die Überprüfung des Personalbestandes zeigt nicht erst seit heute deutlich auf, dass der Kanton Bern unterdotiert ist und infolge dessen die Polizisten, im Rahmen des von ihnen zu erfüllenden Auftrags, respektive der von ihnen zu erfüllenden Aufträge, keine Chance haben, die aufgelaufene Überzeit abzubauen. Die Kapo braucht zwingend mehr Polizisten. Damit sind selbstverständlich Mitarbeitende mit unterschiedlichen Expertisen gemeint. Die Bedrohung ist mannigfaltig und nimmt bekanntlich in

Der Cyberkriminalität und den damit verbundenen Risiken muss rasch mit mehr Ressourcen begegnet werden. In diesem Bereich müssen Schnittstellen zum Bund, aber auch zu anderen Kantonen, klar definiert werden, und dabei muss eben auch der Personalbedarf ausgewiesen werden. Der Bericht zeigt auf, dass die Gewalt im urbanen Gebiet zunimmt. Ich bin etwas erstaunt über gewisse Aussagen meiner Vorredner. Bedenklich ist auch die Zunahme der Gewalt gegen Frauen. Als logische Konsequenz nimmt das subjektive Sicherheitsgefühl ab. Mit mehr Präsenz kann dieser negativen Entwicklung entgegengewirkt werden. Auch aus diesen Gründen ist eine Personalaufstockung zwingend. Die BDP-Fraktion nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis. Sie unterstützt die Planungserklärungen der SiK einstimmig. Den Antrag Knutti nimmt die BDP mehrheitlich an.

Jetzt noch eine persönliche Bemerkung. Ich war etwas irritiert über den Vortrag unserer Kommissionssprecherin. Ich denke, da gibt es noch Klärungsbedarf.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Die SVP-Fraktion stimmt ganz klar für die Sicherheit der Bevölkerung im Kanton Bern. Die Aufstockung des Personalbestands haben wir kritisch unter die Lupe genommen. Wir haben Verständnis dafür, dass das jetzt realisiert werden muss. Welches sind die Gründe dafür? – Das Problem, dass ausstehende Zeitguthaben von 553 000 Stunden vorliegen, muss man jetzt angehen. Deshalb ist es richtig, dass diese Aufstockung der Polizei jetzt an die Hand genommen wird. Das ist richtig. Es ist richtig, dass wir laut Kriminalstatistik einen Rückgang bei Vermögensdelikten, Einbrüchen und Diebstahl haben. Aber es ist nicht so, wie es die Kommissionssprecherin gesagt hat. Wir haben nämlich eine zunehmende Tendenz bei Gewalt, bei Terror oder im Bereich der Cyberkriminalität. Geschätzte Anwesende, die Polizei hat 50 000 Delikte zu bearbeiten. 85 Prozent dieser Delikte fallen in die Zuständigkeit des Kantons, und da braucht es Ressourcen. Es muss aber auch gesagt werden, dass es vor allem für Grossanlässe in der Stadt viele Polizistinnen und Polizisten braucht, und dann fehlen dann zum Beispiel die Leute der Polizei im ländlichen Raum, und unser Polizeikommandant, Herr Blättler, ist gezwungen, Ferien- und Ruhezeitsperren auszusprechen. Aber Herr Blättler macht das, und es sind immer genug Polizisten dort, wo sie sein müssen. Dafür möchte ich ihm im Namen der SVP-Fraktion recht herzlich danken. Ich möchte hier aber auch klar und deutlich erwähnen, geschätzte Anwesende, dass unsere Polizei zu viele Ressourcen braucht für die linken Chaoten in der Stadt Bern. Das ist eine Sauerei. Ich spreche hier vor allem das Thema Reitschule an. Wir haben letzte Woche auf dem Waisenhausplatz ein «SVP bi de Lüt» durchführen wollen. Auch das wurde gestört. Kollege Bösiger wurde mit einem Wasserballon angeschossen, und das kann es nicht sein. Es blinkt. Ich komme zum Fazit: Die SVP unterstützt die Planungserklärungen der SiK. Aber unterstützen Sie auch unsere Planungserklärungen. Sonst werden wir dem Bericht nicht zustimmen können.

Präsident. Wir kommen zum Votum von Regierungsrat Müller. Ich darf ihm das Wort übergeben.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Der Regierungsrat hat in Zusammenhang mit diesem Geschäft wichtige Entscheide für die Sicherheit der bernischen Bevölkerung getroffen. Gestützt auf eine Analyse der Sicherheits- und Bedrohungslage ist für den Regierungsrat klar: Es gibt neue und intensivierte Bedrohungen, denen wir uns stellen müssen. Die Sicherheit unserer Bevölkerung und

unseres Kantons ist zentral. Der Regierungsrat will nicht nur jetzt und heute, sondern auch auf längere Zeit hinaus eine hohe Sicherheit im Kanton Bern gewährleisten. Deshalb müssen wir nach vorne schauen. Wir müssen die Herausforderungen im Auge behalten, die vielleicht schon da sind, sich aber in Zukunft noch verstärken werden. Davon ist die Kantonspolizei als «key player» in Sachen Sicherheit besonders betroffen.

Ich möchte an dieser Stelle einige wichtige Themen des Berichts ansprechen. Die Cyberkriminalität ist so ein Thema. Dieses Thema spielt im Bericht zur Motion Wüthrich (*M 138-2016*) eine zentrale Rolle, und dies aus gutem Grund. Für die meisten Menschen ist das Thema Cyberkriminalität abstrakt und weit weg und deshalb auch nicht wirklich bedrohlich. Die Schäden sind diffus, die Täter nirgendwo und überall, alles ist intransparent. Das heisst aber nicht, dass in Sachen Cyber crime nichts passiert. Im Gegenteil: Es geht um Radikalisierung, um Terror, um Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, um Pädophilie, Erpressung, um Diebstahl von Daten und Vermögen. Es ist eine schier endlose Liste. Bitte vergessen Sie nicht: Für die Strafverfolgung sind gemäss Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) die Kantone zuständig. Grossrat Thomas Gerber hat gesagt, ihm sei eine Bundeslösung lieber. Dazu müsste man zuerst die BV ändern. Im Durchschnitt hat die Anzahl Fälle von Cyberkriminalität in den letzten zehn Jahren um 19 Prozent pro Jahr zugenommen. Jedes Jahr plus 19 Prozent, und zwar hauptsächlich im Bereich der Vermögensdelikte und Sittlichkeitsdelikte, das heisst also, Pädophilie oder sexuelle Belästigung im Internet. Ein anderes Thema: Gewalt im öffentlichen Raum. Viele Menschen haben eben tatsächlich Angst davor, abends durch die Stadt zu gehen oder am Bahnhof den ÖV zu nehmen. Gewalt und Schlägereien gab es schon früher. Aber die Gewalt ist brutaler geworden. Es wird nachgetreten, auch gegen den Kopf und gegen Leute, die schon am Boden liegen. Zudem sind auch vermehrt Leute unterwegs, die im Kampfsport ausgebildet sind. Die Polizei muss heute oft mit der nötigen «show of force» auffahren können. Die Gewalt ist oft wahllos, grundlos, sie geschieht einfach so. Einmal sind es kleine Gruppen, einmal sind es Gangs. Zuschlagen, weil der Pullover gelb oder Turnschuhe weiss sind, zuschlagen, neuerdings vermehrt und brutaler, auch gegen Frauen und Mädchen und gegen Polizistinnen und Polizisten, wie wiederholt in den letzten Monaten, mit vielen Verletzten bei der Kantonspolizei. All das geht nicht, all das ist inakzeptabel. Oder die häusliche Gewalt: Im Durchschnitt interveniert die Polizei deswegen mittlerweile dreimal pro Tag. Meist sind Frauen oder Kinder die Opfer. Ein ausgebautes Bedrohungsmanagement bietet hier die Chance, häusliche Gewalt in einigen Fällen zu verhindern. Denn dadurch lassen sich möglicherweise Signale rechtzeitig erkennen, welche die meisten Täter vor der Tat aussenden, und die bei den Nachbarn, im Verein oder im Internet eigentlich auch ankommen. Wenn nötig sind dann Massnahmen zu ergreifen. Nachher heisst es dann oft: «Das war ja bekannt! Warum hat man nichts dagegen gemacht?»

Der Regierungsrat will das Bedrohungsmanagement im Kanton Bern weiterentwickeln. Das braucht Ressourcen. Ähnliche Mechanismen wirken auch beim Extremismus, beim Radikalismus und bei schweren Gewalttaten, zum Beispiel Terror. Terrorismus ist nach wie vor eine klare Bedrohung, auch in der Schweiz. Bern, als politisches Zentrum, könnte zur Zielscheibe werden. Es gibt in Bern viele kritische Infrastrukturen. Denken Sie an die Erkenntnisse, wonach die Basler Rheinhäfen ein Ziel des «IS» bildeten. Nach dem Terroranschlag in Neuseeland, in Christchurch, waren alle schockiert. Ich bringe zwei Medienzitate von damals. Die «Tamedia» schrieb damals: «Die Vorstellung, dass Christchurch auch in der Schweiz passieren könnte, ist noch zu wenig verbreitet.» «Tamedia»! In der «Neue Zürcher Zeitung (NZZ)» stand: «Bis Freitagmittag war Terrorismus in den Köpfen der lokalen Bevölkerung etwas, das es nur in fernen Ländern gab.» Bern ist die Hauptstadt unseres Landes, und der Kanton Bern ist ein Sportkanton. Drei Hockeyteams und zwei Fussballclubs spielen in der obersten Liga. Das ist ein Rekord. Das bedeutet aber auch Ordnungsdienst, Bereitschaft und Präsenz, Schutz der Sportfans, oder eben auch von Magistraten und Staatsgästen. Bei Hochrisikospielen ist auch ein hoher Ressourceneinsatz nötig. Der Cupfinal vom 19. Mai hat es gezeigt. Dort waren mehrere Hundert Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Sicherheit bedingt Manpower.

Wir erinnern uns an den Besuch des Aussenministers Pompeo vor zwei Wochen. Staatsbesuche oder politische Konferenzen und Treffen bergen immer höhere Risiken. Stichwort: Politischer oder religiöser Extremismus oder Terrorismus. Die Organisation erfolgt im Cyberraum. Der Aufwand zur Planung, Koordination und Sicherung ist enorm, und er nimmt immer mehr zu, bereits Wochen und Monate im Voraus, und erst recht, wenn es so weit ist. Die diplomatischen Anforderungen an die Sicherheit steigen zudem dauernd. Sie sind viel höher als noch vor zehn Jahren. Auch das braucht Manpower.

Schliesslich ist die Hauptstadt verständlicherweise auch Kundgebungshauptstadt. Die meisten Veranstaltungen sind friedlich, bedingen aber trotzdem Aufwand, nicht zuletzt für die Sicherheit der

Teilnehmenden, sei das betreffend Route, Verpflegung, Sanität, öffentlichem Verkehr. Beispiele sind der Frauenlauf, der E-Grand-Prix, der dann bald stattfindet, der Grandprix von Bern und so weiter. Manchmal geht es aber auch darum, die Demokratie zu ermöglichen. Manchmal muss die Polizei die einen Demonstranten vor den anderen Demonstranten schützen. Demgegenüber sind die unfriedlichen Demos heute deutlich gewalttätiger als früher. Der Faktor Sicherheit ist für eine gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kantons entscheidend. Unternehmen werden dort angesiedelt, und es wird dort in Arbeitsplätze investiert, wo es sicher ist. Genau deshalb will der Regierungsrat den Personalbestand der Kantonspolizei erhöhen. Dies aufgrund der erfolgten Analyse der Sicherheits- und Bedrohungslage.

Zu dem Ihnen vorgelegten Bericht hat der Regierungsrat mehrere vertiefte Diskussionen geführt, die verschiedenen Variante studiert, Schlussfolgerungen gezogen und nachher klare Entscheide getroffen. Der erste Entscheid: Der Regierungsrat will aktiv und rechtzeitig auf neue Herausforderungen bei der Sicherheit reagieren. Der Regierungsrat teilt die Analyse der Sicherheits- und Bedrohungslage im Bericht. Es bestehen neue oder intensivisierte Bedrohungen. Diesen Herausforderungen will der Regierungsrat begegnen. Der zweite Entscheid: Der Regierungsrat will den Personalbestand der Kapo erhöhen. Um diesen neuen und intensivierten Bedrohungen entgegentreten zu können, braucht die Kantonspolizei ausreichende personelle Ressourcen, die gut ausgebildet sind. Die Kapo kann heute aber nicht ihr Engagement auf der einen Seite wesentlich heraufschrauben, ohne auf der anderen Seite ihr Engagement in anderen Bereichen eben herunterzufahren, zum Beispiel ihre Präsenz in den ländlichen Regionen zu reduziert. Das wäre ein Nullsummenspiel. Grossrätin Barbara Streit hat das erwähnt. Es würde aber zu Sicherheitslücken führen, welche für den Regierungsrat und die betroffene Bevölkerung nicht akzeptabel wären.

Der dritte Entscheid: Der Regierungsrat ist ja als Folge seiner Bedrohungsanalyse zu seinen Schlussfolgerungen gelangt – also nicht, wie die Sprecherin der Kommission gesagt hat, aus dem Vergleich der Polizeidichte, sondern aus der Bedrohungsanalyse. Aber der Regierungsrat hält die Polizeidichte für ein gutes Instrument, um den Personalbestand der Kapo mit anderen Polizeikörpern zu vergleichen. Der Begriff Polizeidichte wird in ganz Europa und in der ganzen Welt verwendet, um die Polizeistärken verschiedener Länder, verschiedener Korps miteinander vergleichen zu können. Es ist also etabliert und nicht eine Erfindung von uns. Das zeigt auch ein Blick ins Internet. Der Blick ins Internet zeigt auch, dass sämtliche Nachbarländer eine höhere Polizeidichte haben als die Schweiz, und erst recht eine höhere Polizeidichte als der Kanton Bern. Man bedient sich auch in anderen Politikbereichen auf der strategischen Ebene solcher Benchmarks. Diese können zwar im Detail auch kritisiert werden, sie sind aber deswegen in ihrer Aussage nicht falsch. Denken Sie an Klassengrößen, Pro-Kopf-Kosten der öffentlichen Verwaltung, Steuervergleiche, Betreuungsverhältnisse im Sozialwesen, Ärztedichte oder Arbeitslosenquoten. Sie haben die Zahlen im Bericht gesehen. Ausgerechnet der Hauptstadtkanton Bern hat, gemessen an der Bevölkerung, deutlich weniger Polizisten als andere, vergleichbare Kantone, wie beispielsweise Graubünden, Waadt oder Zürich. Auch der Kanton Jura hat eine deutlich höhere Polizeidichte. Der Kanton Bern hat auch deutlich weniger Polizisten als der Durchschnitt aller Schweizer Kantone. Dafür gibt es einfach keine nachvollziehbare Begründung. Der Kanton Bern vereinigt fast alle sicherheitsrelevanten Elemente: Städte, umfangreiche Agglomerationen, ländliche Dörfer, schwer zugängliche Gebirgsregionen, Seen, wichtige Hauptverkehrsachsen, international zugängliche Flugplätze, Bahnhöfe, Touristenregionen, und so weiter.

Die Bevölkerung des Kantons Bern hat sicher auch nicht weniger Ansprüche und Erwartungen in Bezug auf die Sicherheit als andere Menschen in der Schweiz. Eine vergleichbare Polizeidichte ist deshalb absolut gerechtfertigt und führt zum vierten Entscheid: Der Regierungsrat will die Polizeidichte im Kanton Bern mittelfristig auf den heutigen Schweizer Durchschnitt heben. Das ist im Bericht die Variante C. Es ist absolut gerechtfertigt, dass Bern als bevölkerungsreicher Kanton, mit der Bundeshauptstadt und vielen Risikospielen im Sport, in Zukunft eine Polizeidichte hat, die dem heutigen Durchschnitt aller Kantone entspricht. Das ist kein Luxus, sondern ein massvolles Ziel. Die Varianten D und E, also eine Polizeidichte wie in den Kantonen Waadt oder Graubünden, wären mit Blick auf die Sicherheit sehr wohl auch vertretbar. Der Kanton Bern ist schliesslich keine Insel. Doch für den Regierungsrat ist klar, dass diese Varianten aus finanziellen Gründen nicht infrage kommen. Die vorgeschlagene Variante ist also bereits ein Kompromiss.

Jetzt bleibt noch die Frage: Wann und in welchen Schritten wollen wir die Polizeidichte, wie in Variante C, erreichen? – Damit komme ich zum fünften Entscheid: Der Regierungsrat will bis in gut zehn Jahren den Bestand der Kapo um 360 Stellen erhöhen. Er will aber in Etappen vorgehen. Der Aufbau des zusätzlichen Personals soll also nicht auf einen Schlag, sondern schrittweise und in

Tranchen erfolgen. Das ist auch aufgrund der Rekrutierung und Ausbildung nicht anders möglich. Das bedeutet natürlich auch, dass die Zusatzkosten nicht auf einen Schlag, sondern erst nach und nach anfallen. In einer ersten Etappe, bis etwa 2025, gilt ein bescheidenes Ziel, nämlich zusätzliche 170 Stellen. Damit erreicht man erst etwa 92 Prozent des Schweizer Durchschnitts der Polizeidichte. Nach dieser ersten Etappe will der Regierungsrat um das Jahr 2025 herum eine Analyse der Situation vornehmen und beurteilen, ob die Richtung noch stimmt. Was der Regierungsrat anstrebt, kostet etwas, und was im Kanton Bern etwas kostet, wird hinterfragt, und zwar zurecht. Doch der Kanton Bern kann nicht nur in der Defensive sein. Der Kanton Bern kann die Lebensqualität für seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Attraktivität als Standort nicht verbessern, wenn er immer unterdurchschnittlich bleibt. So drohen wir weiter zurückzufallen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass der Kanton Bern in seine Zukunft investieren muss, sei das bei Infrastrukturen, bei der Bildung, bei der Forschung und so weiter, aber auch bei der Sicherheit. Cyberkriminalität, Radikalisierung, Terrorbedrohung und Menschen, vor allem Frauen, die sich unsicher fühlen, sind eine Realität, ebenso, dass es immer mehr private Sicherheitsdienste gibt, jedenfalls für diejenigen, die sich das leisten können. Der Regierungsrat will sich diesen Herausforderungen stellen. Die Aufstockung des Personalbestands der Kapo ist dabei ein wichtiger Schritt. Ich hoffe deshalb, dass Sie die Absicht des Regierungsrates unterstützen, indem Sie den von der SiK einstimmig verabschiedeten Bericht ebenfalls einstimmig zur Kenntnis nehmen. Es geht darum, einen Pflock einzuschlagen und eine Richtung für unsere Sicherheit vorzugeben. Soweit meine Ausführungen zum Bericht.

Zu den vorliegenden Planungserklärungen 1 bis 6 der SiK kann ich sagen, dass diese begrüsst werden. Sie sind vom Regierungsrat zum Teil ohnehin vorgesehen, wie zum Beispiel die Analyse nach fünf Jahren. Mit der Planungserklärung 7 von Grossrat Knutti sind wir insofern einig, als die Verstärkung der Polizei sicher nicht für Parkplatzkontrollen erfolgt. Allerdings sind Geschwindigkeitskontrollen für die Sicherheit eben auch wichtig. Deshalb können wir dieser Planungserklärung in der formulierten Form nicht zustimmen. Die Planungserklärung 8 wurde zurückgezogen. Ich kann aber sagen, dass die Bekämpfung der Pädokriminalität sicher wesentlicher Bestandteil des Einsatzes der neu vorgesehenen Ressourcen für die Prävention und die Ermittlungen im Cyberraum sein wird.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir gehen zuerst die Planungserklärungen durch. Wer die Planungserklärung 1, SiK annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 1)

Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung einstimmig angenommen, mit 146 Ja-Stimmen.

Planungserklärung 2, SiK: Wer diese Planungserklärung annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 2)

Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben auch diese Planungserklärung einstimmig angenommen, mit 146 Ja-Stimmen.
Planungserklärung 3, SiK: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 3)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	145
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Die Planungserklärung 3 wurde einstimmig angenommen, mit 145 Stimmen.
Planungserklärung 4, SiK: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 4)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	145
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Auch die Planungserklärung 4 wurde einstimmig angenommen, mit 145 Ja-Stimmen.
Planungserklärung 5, SiK: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 5)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 5)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Die Planungserklärung 5 wurde einstimmig angenommen, diesmal wieder mit 146 Ja-Stimmen.
Planungserklärung 6, SiK: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung SiK [Veglio, Zollikofen] – Nr. 6)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification de la CSéc [Veglio, Zollikofen] – n° 6)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	146
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch die letzte Planungserklärung einstimmig angenommen, mit 146 Ja-Stimmen.

Dann zur Planungserklärung 7, Knutti/SVP: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Planungserklärung Knutti, Weissenburg [SVP] – Nr. 7)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; déclaration de planification Knutti, Weissenburg [UDC] – n° 7)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 77

Nein / Non 67

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Diese Planungserklärung wurde angenommen, mit 77 Ja- zu 67 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Bericht als Ganzes. Wer den Bericht mit den sieben angenommenen Planungserklärungen zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer die Kenntnisnahme ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2017.POM.515; Kenntnisnahme mit den überwiesenen Planungserklärungen)
Vote (Affaire 2017.POM.515 ; prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme mit den überwiesenen Planungserklärungen /

Prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées

Ja / Oui 137

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 9

Präsident. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen, mit 137 Ja-Stimmen bei 0 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen.